

Josef Baum

Industrial Regional Ecological Research
Kaiser Josef-Straße 57/34, A-3002
Purkersdorf Austria
+43 2231 64759 +43 664 1142298
baum.josef@utanet.at

Vertiefende Konzeption für eine Energiegrundsicherung in Österreich

In Auftrag der KPÖ

26.8.08

Inhaltsverzeichnis

PROBLEMSTELLUNG UND ZIELHORIZONT	2
Fragestellung der vorliegenden Arbeit	2
Vorgezogener Teil einer Grundsicherung im weiteren Sinn + Sofortmaßnahmen und Übergangsmaßnahmen	2
Energiearmut nimmt sichtlich zu	3
Grundkonzept der Energiegrundsicherung inzwischen mehrfach aufgegriffen	4
Ansatzweise schon bisher gehandhabt	4
Es geht um die sichere Bereitstellung von Wärme, Licht, Kraft	5
Gemeinwohlorientierung statt Profitmaximierung	6
Weniger Betuchte sind durch Energieteuerung besonders betroffen	7
Kann eine elitäre Energie- und Umweltpolitik effektiv sein?	9
Ökosteuern ohne sozialen Ausgleich?	9
Erstaunlich wenig konkrete Analysen und Maßnahmenkonzepte zu Energie, Verteilung und Armut	10
SOFORTMASSNAHMEN	10
Haushalts- und Industriekunden sollen STEUERLICH gleich behandelt werden	11
Übergangsmaßnahme: Weiterentwicklung der Heizkostenzuschüssen	12
Energieberatung und einfache Einsparmaßnahmen	12
Weitere einfachere Maßnahmen	12
WARUM ENERGIEGRUNDSICHERUNG	13
Exkurs: Haltungen und Vorschläge von Parteien vor den Nationalratswahlen 2008 zur Teuerung und insbesondere der Energiepreisteuerung	13
Möglichkeiten der Bewältigung der sozialen Probleme durch die Preisentwicklung im Energiebereich	14
ERWEITERUNG DES GRUNDKONZEPTS DER ENERGIEGRUNDSICHERUNG	15
Berücksichtigung unterschiedlicher Energieträger	16
Berücksichtigung konkreter weiterer Faktoren	16
Berechnungen des Werts für das Strom- und Gas-Grundkontingent	17
Umverteilungserfordernisse der Energiegrundsicherung	18
FINANZIERUNGSMÖGLICHKEITEN DER ENERGIEGRUNDSICHERUNG	18
Progressiver Tarif für Mehrverbrauch	19
BONUSREGELUNG ALS ANREIZ FÜR EINE SPARSAMEN ENERGIEUMGANG	20
Anschaffung energieeffizienter Geräte	20
Contracting	21
MITTELFRISTIGE PERSPEKTIVE	22
Prinzipien eines globalen sozialökologischen Wendeprogramms	22
Die positive Botschaft: Kapitalismus führte in die Klimakrise	25
Literatur	25
Anhang	26
KPÖ Grundkonzept einer Energiegrundsicherung	26
Armutskonferenz für Energie-Grundsicherung	29
Förderung einfacher Maßnahmen durch wiederholte Energieberatung	33

PROBLEMSTELLUNG UND ZIELHORIZONT

Fragestellung der vorliegenden Arbeit

Das Grundkonzept einer Energiegrundsicherung aus der Sicht der Verteilungsgerechtigkeit und Sicherheit soll vertieft und operationalisiert sowie durch Einbeziehung von Umwelt-, Klima- und Einsparfaktoren ausgebaut und um eine mittelfristige umfassendere sozialökologische Strategie ergänzt werden.

Ausgangspunkt sind die Eckpunkte des Grundkonzepts:

„Das Konzept der KPÖ sieht vor, dass jedem Haushalt ein kostenloser Grundbezug an Energie (Strom und Heizung) zur Verfügung gestellt wird. Laut Berechnungen der Arbeiterkammer sind dies im Jahr etwa 2.200 kWh Strom und 800 m³ Gas für einen 60 m² Haushalt mit zwei Personen... Im Sinne der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit sollte indes der über die Grundsicherung hinaus gehende Energieverbrauch vom Preis her progressiv gestaltet werden... Die Finanzierung der Energiegrundsicherung soll über die teilweise Abschöpfung der Profite der Energieunternehmen sowie über eine gerechte Steuerpolitik erfolgen.“¹

Dies wird im folgenden „Grundkonzept“ genannt.

Dabei sollen ausgehend vom Grundkonzept Gesichtspunkte der Gerechtigkeit mit Gesichtspunkten der ökologischen Verträglichkeit und weltweit solidarischer Prinzipien verbunden werden.

Zu präzisieren dabei ist insbesondere:

- ❖ Wie verschiedene Haushaltsgrößen etwa mit mehr Kindern im Sinne einer fairen Gleichbehandlung zu berücksichtigen sind
- ❖ Wie ZweitwohnsitzerInnen zu behandeln sind und wie insgesamt ein Unterlaufen des Prinzips vermeiden werden kann
- ❖ Wie der progressive Tarif ab dem Grundkontingent zu gestalten, wobei danach zur Vermeidung des abrupten Einsetzen von Energiekosten eine Einschleifregelung zweckmäßig erscheint.
- ❖ Wie energiesparendes Verhalten motiviert, bzw. sorgloser Umgang mit Energie vermieden werden kann
- ❖ Wie Anreize zum Einsparen von Energie durch Investitionen geschaffen werden können
- ❖ Wie Anreize zur klimaneutralen Verwendung von erneuerbaren Energie geschaffen werden können

Vorgezogener Teil einer Grundsicherung im weiteren Sinn + Sofortmaßnahmen und Übergangsmaßnahmen

Ausgegangen wird in dieser Arbeit davon, dass die Energiegrundsicherung schließlich in ein System der Grundsicherung im weiteren Sinn oder eines Grundeinkommens einfließt, dieser aber vorausgeht, als Teilprojekt, das besonders dringend ist, und auch selbständig zu

¹ [http://www.kpoe.at/index.php?id=24&tx_ttnews\[tt_news\]=875&tx_ttnews\[backPid\]=93&cHash=f34352b7ac](http://www.kpoe.at/index.php?id=24&tx_ttnews[tt_news]=875&tx_ttnews[backPid]=93&cHash=f34352b7ac)

realisieren ist. Wie eine solche Stufe dann in eine allgemeine Lösung einzubauen ist, ist nicht Gegenstand dieser Arbeit .

Es geht aber **auch** darum vor Realisierung der Energiegrundsicherung **Sofortmaßnahmen und Übergangsmaßnahmen** zu benennen. So ist der bestehende Heizkostenzuschuss österreichweit zu vereinheitlichen und so weiterzuentwickeln, dass er mit Investitionen in Energiesparmaßnahmen verbunden wird und so sowohl ökologische wie soziale Ziele verfolgen kann.

Hier geht es um die Sicherung von „Grundbedürfnissen“ bezüglich Wärme, Licht und Kraft, und Anreizen für den sparsamen Umgang mit Energie und den Verwendung erneuerbarer Energien. Noch nicht einbezogen hier ist auch der Verkehr, wenn gleich eher mit der Energieproblematik in enger Beziehung steht. Da die Ausgaben für Verkehr die Ausgaben für Heizen und Strom insgesamt deutlich übertreffen und vor allem im mittleren Einkommensbereich sogar um ein Vielfaches, könnte ein weiteres Element der Energiegrundsicherung daher eine Freifahrt auf öffentlichen Verkehrsmitteln sein. Für Regionen ohne leistungsfähigen öffentlichen Verkehr sind dabei besondere Maßnahmen zu treffen.

Neben Präzisierung und Unermauerung einer Energiegrundsicherung und Sofort- und Übergangsmaßnahmen soll auch eine **große gemeinsame Lösung der Umwelt- und Klimaproblematik** (bei der die Energie der zentrale Faktor ist) einerseits **und der Verteilungsfrage** andererseits skizziert werden, wie sie weltweit von fortschrittlichen Kräften diskutiert wird.

Es soll in diesem Sinn zum Schluss auch ein mittelfristiges Modell zur Erreichung einer menschen- klima- und umweltverträglichen Entwicklung dargestellt werden.

Hier können nur Grundlinien angeben werden. Verschiedene Details müssen in Zukunft näher ausgeführt werden.

Energiearmut nimmt sichtlich zu

Der nächste Winter kommt bestimmt - und immer mehr Menschen drohen im kommenden Winter buchstäblich zu frieren. Sie können sich angesichts der massiv gestiegenen Energiepreise ein Heizen ihrer Wohnung kaum oder gar nicht mehr leisten. Vor allem die NutzerInnen von etwa 900 000 Ölheizungen² in Österreich sitzen in der Kostenfalle der fossilen Energie. Heizöl kostete schon Ende 2007 fast doppelt so viel wie vier Jahre vorher³. Seit Beginn 2008 betrug die Preissteigerung bei Heizöl in etwa weitere 30 %, Im August 2008 betrug somit die Preiserhöhung seit 2004 um die 157 %⁴: Ein Haushalt mit 3000 l Heizölverbrauch zahlte 2004 1165 €, im August 2008 waren es an die 3000 €.

Mitte 2008 liegt der gesamte Energiepreisindex der Österreichischen Energieagentur um 16 % über dem Vorjahr⁵. Demnächst wird auch noch eine massive Erhöhung des Gaspreises spürbar werden und viele an den Rand der Existenz bringen. Jetzt schon können es sich 313000 Menschen (4% der Wohnbevölkerung) nicht leisten, die Wohnung angemessen warm⁶

² 2004 nutzten um die 898 000 Haushalte Ölheizungen, und bezahlten 970 Mill € für das Heizöl. Siehe Statistik Austria, Energiestatistiken. Siehe Anhang

³ AK-Portal 20.12.2007

⁴ proPellets 6.8.08, nach IWO

⁵ Sie EVA-website; Presse 23.8.08. Der Hauptfaktor dabei sind Treibstoffe und Heizöl. Strom und Gas wurden in letzter Zeit insgesamt vergleichsweise nur gering erhöht

⁶ Statistik Austria, 2008, EU-SILC 2006

zu halten⁷. Wenn nichts dagegen gemacht wird, wird diese Zahl nächstes Jahr auf eine halbe Million anwachsen.⁸

Die gesamten Nebenkosten werden oft zu einer zweiten Miete.

Grundkonzept der Energiegrundsicherung inzwischen mehrfach aufgegriffen

Das Grundkonzept einer Energiegrundsicherung (siehe oben), erst zu Beginn 2008 vorgestellt, die Idee oder Elemente davon wurde inzwischen mehrfach aufgegriffen:

Beispielsweise: Die **Linke** in Deutschland brachte eine "Energiegrundsicherung" in Form spezieller Stromkontingente in Diskussion, die Familien verbilligt oder kostenlos zur Verfügung gestellt werden könnten.

Hessens **SPD**-vorsitzende Andrea Ypsilanti und SPD-Bundesvorstandsmitglied Hermann Scheer fordern in ihrem Energiekonzept Gratis-Strommengen für alle.

Auch die **SP-NÖ** fordert jüngst für die NÖ-LandesbürgerInnen sozial gestaffelt einen Strom-Gasbonus in der Höhe von bis zu 250 Euro pro Jahr eingeführt werden.⁹

Ansatzweise schon bisher gehandhabt

Ansatzweise werden Elemente des Grundkonzepts einer Energiegrundsicherung schon bisher gehandhabt, **wenn auch von der Höhe und vom Anwendungsbereich in völlig ungenügendem Ausmaß**.

So heißt es für Deutschland im Rahmen der vieldiskutierten „Hartz IV“-Regelung im Zweiten Sozialgesetzbuch in § 22 Abs. 1 „Leistungen für Unterkunft und Heizung werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht“, allerdings nur so weit, als diese „angemessen“ sind. Die tatsächlichen Heizkosten müssen nur dann nicht übernommen werden, wenn sie trotz Berücksichtigung von zahlreichen Faktoren wie Anzahl, Alter und Lebenssituation der BewohnerInnen, Bauzustand der Wohnung, Lage im Gebäude, Geschosshöhe, Wärmeisolierung, Heizungsanlage, Heizart oder Wettereinflüsse als unangemessen einzustufen sind. Bei der Beurteilung der Angemessenheit des Energieverbrauches haben die Gemeinden einen beträchtlichen Gestaltungsspielraum, den sie tatsächlich auch unterschiedlich nutzen.¹⁰

Der Staat zahlt somit Langzeitarbeitslosen Miete und Heizung. Strom und Warmwasser müssen sie aber aus dem Regelsatz von 351 Euro monatlich (Stand 2007) selbst finanzieren. (Zum 1. Januar 2009 soll das Wohngeld mit Heizkostenzuschuss deutlich angehoben werden). Danach wurde für einen Ein-Personen-Haushalt in Frankfurt ein Verbrauch von ca. 1.100 kWh Haushaltstrom kalkuliert.¹¹

Ein innerhalb dieses Rahmens positiver Ansatz dazu wurde etwa in **Frankfurt** geschaffen, wonach ein **Bonus** von 50 € vergeben wird, wenn Heizkosten eingespart werden.¹²

⁷ Siehe Greenpeace, Armutskonferenz: Offener Brief an politische Parteien Österreichs zur Nationalratswahl 2008

http://www.greenpeace.at/fileadmin/at/dokumente/Aktuelles/off_brief_NR-Wahl08.doc

⁸ Greenpeace und Armutskonferenz: Teuerung ist kein Schicksal.

Gemeinsam gegen Armut und Klimawandel. Wien (OTS), 18.Aug 2008

⁹ „In Niederösterreich sollte wirklich niemand frieren“, so LRin Heinisch-Hosek APA-OTS 18.Aug 2008; NÖN 24/08 Beilage Seite 9

¹⁰ Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, Institut für sozial-ökologische Forschung (2006): Energiekostenanstieg, soziale Folgen und Klimaschutz. Seite 8

¹¹ Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, Institut für sozial-ökologische Forschung (2006): Energiekostenanstieg, soziale Folgen und Klimaschutz. Seite 13

¹² Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, Institut für sozial-ökologische Forschung (2006): Energiekostenanstieg, soziale Folgen und Klimaschutz. Seite 31

Unterdessen kann sich auch EU-Kommissionspräsident Barroso Energiesozialtarife vorstellen. "Die Mitgliedstaaten können dafür sorgen, dass die Einkommensschwächsten nicht den Anschluss verlieren - und sie sollten auch entsprechend handeln....Ein Sozialtarif für den Grundbedarf an Energie wäre ein Beispiel für eine gute Lösung"

Auch Überlegungen, die Mehrwertsteuer auf Strom und Gas spürbar zu senken, stehen im Raum. In Steuerfragen sind allerdings in der EU einstimmige Entscheidungen notwendig.

Der Wirtschaftsminister kann in **Belgien** für Haushaltgruppen mit niedrigem Einkommen Sozialtarife bestimmen, die beinhalten können, dass 500 kWh Strom und 556 kWh¹³ Gas (für Kochen und Warmwasser) gratis zur Verfügung gestellt werden.¹⁴

Damit bekommt jedeR pro Kopf eine Mindestmenge kostenlos. Der Verbrauch über dieses Mindestmaß hinaus ist dagegen sehr teuer und finanziert den Verbrauch der Mindestmengen aller mit. Dieses System hat mehrere Vorteile:

- ❖ Die Mindestmenge für menschenwürdiges Leben ist garantiert.
- ❖ Da höherer Verbrauch teuer ist, enthält das System einen starken Anreiz zu ressourcenschonendem Verhalten.

Allerdings¹⁵ erstreckt sich dieses System derzeit nur auf einige Prozent der Haushalte, wie etwa für Behinderte.

Somit weichen die angeführten Beispiele aus Deutschland und Belgien in der realen Bedeutung nicht allzu sehr von der österreichischen Praxis im Rahmen der Sozialhilfe

ab. Diese ist individuell zu beantragen und wird individuell beurteilt. In der Regel dauert sie nur einige Monate und ist für „Härfälle“ gedacht. Sie umfasst mit nach Bundesländern schwankenden Regelsätzen in der Regel minimale pauschale Lebenshaltungskosten (inkl. Strom) und standardisierte Wohnungskosten, die auf die Wohngröße bezogen sind. In Sonderzahlungen, die in der Höhe zwei zusätzlichen Monatszahlungen entsprechen, werden Heizkosten pauschaliert abgegolten, sofern die Sozialhilfe länger als drei Monate läuft. Insgesamt wird damit nur eine sehr geringe Anzahl von Haushalten erfasst, in Salzburg z. B. 1, 5 %, und das nur meist für kurze Zeit.

Wenn keine Sozialhilfe gewährt wird, kann bei geringem Einkommen um einen **Heizkostenzuschuss** angesucht werden, der nach Ländern wieder unterschiedlich in der Höhe und den Voraussetzungen geregelt ist.

Es geht um die sichere Bereitstellung von Wärme, Licht, Kraft

Ziel ist eine Bereitstellung von Wärme, Licht, Kraft (und Mobilität), die **sicher in mehrerlei Hinsicht** ist. **Ziel ist also nicht eine Menge an Energie an sich**, sondern dass mit Energie effizient Dienstleistungen wie Wärme bereitgestellt werden können. Ziel ist somit ein effizientes Energiesystem, das durch geringen notwendigen Mengenverbrauch umwelt- und **klimaverträglich** ist, sowie möglichst **auf regionale Energiepotentiale** ausgerichtet ist, und somit auch **arbeitsplatzschaffend** wirkt; mit Versorgungssicherheit **ohne die Gefahr**, dass

¹³ 1m³ Gas= 10,7 kWh

¹⁴ European Fuel Poverty and Energy Efficiency: Detailed report on the different actors involved in Fuel Poverty issue. EPEE project WP3 Deliverable 9. P.3f. Nachhaltiges Österreich (Hrsg.) (2007): Energieeffizienz im Wohnbereich & Armutsbekämpfung http://www.armut.at/071008_TRENDREPORT_01_DE.pdfFORUM

¹⁵ European Fuel Poverty and Energy Efficiency: Good practices experienced in Belgium, Spain, France, Italy and United Kingdom to tackle fuel poverty. EPEE project WP4 - Deliverable 11 http://www.fuel-poverty.org/files/WP4_D11.pdf

zur Erhaltung der Energiezulieferungen **militärische Gewalt** eingesetzt wird, und das **nicht den Launen der Spekulation auf Finanzmärkten** ausgeliefert ist. Die Orientierung auf die dezentrale Energiequellen beinhaltet auch die Möglichkeiten der verstärkten regionalen Mitsprache und Demokratisierung.

Gemeinwohlorientierung statt Profitmaximierung

Energiekonzerne versuchen seit geraumer Zeit, sich ein „grünes“ Image zu verschaffen. Die Energiekartelle wollen sich als Teil der Lösung präsentieren, gehören aber zu den wesentlichen Problemen. Die Rekordgewinne der Konzerne bei gleichzeitig explodierenden Energiepreisen, die bestenfalls stagnierenden Klimagasemissionen, die geplanten Kohlekraftwerke und sogar die offene Torpedierung einer Antiatompolitik¹⁶ machen deutlich: Eine soziale und ökologische Energiewende muss die überkommene Struktur der Energiewirtschaft aufbrechen und wird nur gegen erheblichen Widerstand der Mineralöl-, Energie- und Automobilkonzerne durchzusetzen sein.¹⁷

In der Energiewirtschaft bereichern sich derzeit aber so unverschämt wie in kaum einem anderen Wirtschaftsbereich Oligopole auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher, wie auch kleiner Gewerbetreibender.

Keine Vorteile für Konsumenten, aber enorme Preissenkungen für Großunternehmen brachte die „Öffnung“ des Strom- und Gasmarktes. Wer zu einem Alternativenbieter wechselt, spart auch nur wenig. Zuschläge haben die Preisvorteile aufgeessen.

Die traditionellen Parteien sind personell und finanziell eng mit der Energiewirtschaft verbunden. Lange Zeit war die Energiewirtschaft eine Art Pfründensystem für Parteien. Die Verwendung der großen Gewinne hat sich in letzter Zeit im Sinne der Teilprivatisierung in Richtung Kapitalexpansion vor allem ins Ausland verlagert.

Strom- und Ölkonzerne blockieren den notwendigen Strukturwandel in Richtung erneuerbarer Energien und sparsamerer Energienutzung. Allerdings **sollte die Energieversorgung ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein und sollte daher gemeinwohlorientiert** erfolgen. Erste Schritte in diese Richtung sind eine

- ❖ wirksame Energiepreisaufsicht,
- ❖ die Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand sowie
- ❖ die Abschöpfung der Extraprofite der Stromversorger und Ölfirmen durch eine Sondersteuer¹⁸.

Während privatwirtschaftliche Energiekonzerne auf die Steigerung des Energieverbrauchs und höchstmögliche Renditen zielen, können E-Werke im öffentlichen Eigentum eine soziale und ökologische Energiepolitik verwirklichen. Der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, die

¹⁶ APA(OTS) 4.Aug 2008 - "trend" Sept.08: „TiwaG-Chef Bruno Wallnöfer erklärt den eigentlich vereinbarten Ausstieg aus seinen heftig kritisierten Atomstromverträgen für nichtig: ‚Wäre auch unüblich, derartige Einschränkungen unserer Geschäftspolitik zu machen‘. Die TiwaG verdient daran, ihren teuren Spitzenlaststrom aus Speicherkraftwerken gegen billigen ausländischen Grundlaststrom (UCTE-Mix: rund 30 Prozent Atomstrom) abzutauschen.“

¹⁷ Siehe dazu: Die Linke: Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich. Thesenpapier zur Konferenz „Klima & Energie – Macht – Arbeit“ 2.-4. November 2007 http://die-linke.de/fileadmin/download/energiepolitik/071026_thesenpapier_energiekonferenz.pdf

¹⁸ Siehe dazu: Die Linke: Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich. Thesenpapier zur Konferenz „Klima & Energie – Macht – Arbeit“ 2.-4. November 2007

Realisierung von Energieeinsparungen und eine direkt auf die regionalen Möglichkeiten aufbauende Energieversorgung.

Weniger Betuchte sind durch Energieteuerung besonders betroffen

Die Energie-„Liberalisierung“ hat die Ungerechtigkeit weiter verstärkt, dass diejenigen, die insgesamt nur wenig Energie verbrauchen, durch die fixen Anschlusskosten besonders zum Handkuss kommen, weil die Fixkosten für Energie durch die „Liberalisierung“ besonders stark gestiegen sind. Nun sind diese WenigverbraucherInnen wieder überdurchschnittlich von der Teuerungen betroffen, da sie - in der Regel mit geringerem Einkommen – höhere Energieausgabenanteile aufweisen:

Die größten Anteile der Haushaltsausgaben umfassen Wohnen und Ernährung (ohne Alkohol und Genussmittel). Mit mehr als einem Fünftel (22,3 %) entfällt der mit Abstand größte Anteil der durchschnittlichen Haushaltsausgaben auf die Gruppe „Wohnen, Energie“.¹⁹

Bezüglich Wohnformen sind die Ausgaben für Wohnen und Energie bei Hauptmietern am Höchsten.

Die Ausgaben für Heizung und Strom machen beim durchschnittlichen Haushalt etwa 5 % aus.²⁰

Für 2004 werden durchschnittliche Gesamtverbrauchsausgaben pro Haushalt von 2.540 Euro angegeben (Äquivalent: 1.630²¹), davon 117 Euro für Heizen und Strom – monatlich

Je weiter das Einkommen sinkt, desto höher der Anteil:

Statistik Austria fasst zusammen, dass Haushalte in der niedrigsten Ausgabenstufe nahezu zwei Drittel ihrer äquivalisierten Verbrauchsausgaben für Lebensmittel und Wohnen, wogegen Haushalte in der höchsten Ausgabenstufe nur annähernd ein Viertel dafür verwenden.²²

Sowohl bei Ernährung wie auch im Bereich Wohnen und Energie wenden die Haushalte mit weniger Einkommen einen wesentlich größeren Anteil auf, als Haushalte mit höherem Einkommen: Für Wohnen und Energie zusammen (ohne Wohnungsausstattung) wendet das unterste Haushaltsviertel 34 % , das zweite Viertel 27 % , das dritte Viertel 22 % und das oberste Einkommensviertel nur 18 % der Gesamthaushaltsaufgaben auf. Für Heizung und Strom betragen die Anteile der vier Einkommensviertel beginnend mit dem untersten Viertel: 7,7 %, 6,0 %, 4,9 %, 3,3 %.²³

- Bemerkenswerterweise sind die Anteile für Verkehrsausgaben beim Individualverkehr umgekehrt gestaffelt: 5 % beim niedrigsten Einkommensviertel bis zu 21 % beim obersten Einkommensviertel (für den öffentlichen Verkehr betragen diese Anteile 1,1 % beim untersten Viertel und 0,7 % beim obersten Viertel).

Werden die Haushalte nicht in Viertel, sondern in 10 Gruppen (Dezile) - angefangen von der Haushaltsgruppe mit dem niedrigsten Einkommen bis zur Haushaltsgruppe mit dem höchsten

¹⁹ Statistik Austria (2006): Verbrauchsausgaben – Sozialstatistische Ergebnisse der Konsumerhebung. Seite 23

²⁰ Statistik Austria (2006): Verbrauchsausgaben – Sozialstatistische Ergebnisse der Konsumerhebung. Seite 44

²¹ Durch Standardisierung kann ein „Durchschnittshaushalt“ berechnet werden, wobei diesem dann „Äquivalenzausgaben“ entsprechend EU bzw OECD-Standards zugeordnet werden: dabei zählt der erste Erwachsene mit 1, weitere Erwachsene mit 0,5 und Kinder bis 14 mit 0,3

²² Statistik Austria (2006): Verbrauchsausgaben – Sozialstatistische Ergebnisse der Konsumerhebung. Seite 24 und 58

²³ Statistik Austria (2006): Verbrauchsausgaben – Sozialstatistische Ergebnisse der Konsumerhebung. Seite 56

Einkommen - geteilt, so wenden die 10 % der Haushalte mit dem geringsten Einkommen 39 % für Wohnen, Heizen und Strom auf (sowie 23 % für Ernährung, wobei dieser Anteil mit steigenden Ausgaben fällt und beim reichsten Haushaltszehntel nur mehr 17,10 % beträgt.²⁴ Werden auch die Ausgaben für alkoholische Getränke, Tabak sowie Wohnausstattung einbezogen, so ist **betragt der Anteil beim unteren Zehntel für Wohnen und Ernährung fast 70 %.**

Da bleibt dann nichts mehr übrig für Zukunftsausgaben wie Bildung. Ausgaben für den Schulanfang sind dann – vor allem bei mehreren Kindern - ein finanzielles Problem. Übrig bleibt aber auch nichts für unerwartete Kosten wie kaputter Boiler, Waschmaschine etc. Dadurch haben arme Schichten auch einen kurzfristigeren Handlungshorizont, da sie gezwungen sind, die Existenz abzusichern.²⁵

Noch ausgeprägter ist das Gefälle bei den reinen Pensionistenhaushalten. Hier beträgt der Anteil allein für Wohnen, Heizung und Strom (ohne Wohnausstattung) beim untersten Zehntel **43,0 %**, beim obersten Zehntel 18 %.²⁶

Die prozentmäßigen Ausgaben für Wohnen und Energie sind in Gebieten mit hoher Besiedlungsdichte mit 21,8 % leicht niedriger als in Gebieten mit mittlerer und geringerer Besiedlungsdichte (22,9 und 22,4 %).²⁷

All dies Daten beziehen sich auf 2004, inzwischen sind die Anteile der Wohn-, Heiz- und Ernährungsausgaben deutlich weiter gestiegen, die diesbezüglichen Teuerungsraten überdurchschnittlich waren.

Damit wird jedenfalls ersichtlich, dass Ärmere an den Rand ihrer Existenz gebracht worden sind, wenn Heizölkosten seit 2004 um 157 % höher sind,²⁸ oder wenn Mitte 2008 der gesamte Energiepreisindex um 16 % über dem Vorjahr liegt,²⁹ oder die Preissteigerungen bei Lebensmittel weit überdurchschnittlich sind.

Hiemit wird auch klar, dass die Energieversorger in Fortsetzung bisheriger Praktiken bei Zahlungsverzug vermehrt beinhaltet die Strom und Gas gesperrt werden, selbst im Winter.

Während die Reallöhne in Österreich seit Jahren stagnieren, steigen die auf Öl bezogenen Energiepreise in bisher unbekannte Höhen. Die teilweise Preisspannung ist eher vorübergehend, denn Öl und Gas sind ein immer knapper werdendes Gut. In den Preisen widerspiegelt sich nicht nur die Rohstoffknappheit und die staatliche Belastung durch Steuern. Etwa ein Viertel des Preises sind auf Spekulationsgewinne zurückzuführen. Hinzu kommen die riesigen Profite der weniger Ölkonzerne, die gemeinsam den Markt beherrschen.

Die traditionellen Parteien debattieren über Einzelmaßnahmen wie Tarifstopp und Heizkostenzuschüsse, die kurzfristig wirken, und mittelfristig die Energiearmutsfalle sogar noch verstärken können. Wobei diese Maßnahmen nach den Wahlen möglicherweise bald an Bedeutung verlieren könnten.

²⁴ Statistik Austria (2006): Verbrauchsausgaben – Sozialstatistische Ergebnisse der Konsumerhebung. Seite 59

²⁵ Munasinghe, M.: Development, Equity and Sustainability (DES) in the Context of Climate Change. IPCC Guidance Paper for Lead Authors of the Third Assessment Report (TAR). In:

IPCC (2000): Development, Sustainability and Equity. Proceedings for the second IPCC Meeting on DES. 23 – 25 February 2000, page 48

²⁶ Statistik Austria (2006): Verbrauchsausgaben – Sozialstatistische Ergebnisse der Konsumerhebung. Seite 62

²⁷ Statistik Austria (2006): Verbrauchsausgaben – Sozialstatistische Ergebnisse der Konsumerhebung. Seite 70

²⁸ proPellets 6.8.08, nach IWO

²⁹ Presse 23.8.08

Kann eine elitäre Energie- und Umweltpolitik effektiv sein?

Eine elitäre Umweltpolitik wird scheitern: Eine neue Energiepolitik erfordert auch ein radikales Umdenken bei den Konsummustern und im persönlichen Verhalten. Wenn sie zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft führt, indem Einkommensschwache von einem angemessenen Maß an bezahlbarer Energie und Mobilität ausgeschlossen werden, wird so auch insgesamt wenig effektiv sein können.

Energiearmut von Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten ist kein hinnehmbarer Kollateralschaden des Klimaschutzes³⁰.

Einkommensschwache sollen daher bei für sie kostengünstigerem UND umweltfreundlicherem Verhalten unterstützt werden, nicht zusätzlich belastet³¹.

Manchmal sind gut gemeinte ökologische Ratschläge auf dem sozialen Auge blind. Energiesparberatungen allein helfen nicht, wenn armen Privathaushalten das Wasser bis zum Hals steht. Das wichtige Ergebnis eines Projekts³² war, dass bei Haushalten mit niedrigem Einkommen durch Investitionen Umwelteffekte in der Regel nur schwer realisierbar sind. Wer kaum Geld übrig hat, kann sich auch keine teuren Energiespargeräte leisten. Einkommensschwache sitzen in der Energiearmutsfalle, da das untere Einkommensfünftel kein „Kapital“ hat, um notwendige Investitionen zu tätigen.³³

Ökosteuern ohne sozialen Ausgleich?

Es wird viel von Nachhaltigkeit gesprochen, doch die soziale Frage wird dabei oft außer Acht gelassen. Das Grüne Steuerreformkonzept sieht grundsätzlich richtig die stärkere steuerliche Belastung durch höhere Energiepreise vor. Die gleichzeitig vorgesehene Entlastung der Besteuerung von Arbeit über niedrigere Sozialversicherungsbeiträge würde jedoch vor allem Unternehmen und besser bezahlten Beschäftigten zugutekommen, kaum jedoch Geringverdienerinnen und -verdienern oder den Empfängerinnen und Empfängern von Sozialhilfe oder Arbeitslosen, Rentnerinnen und Rentnern, und nicht Lehrlingen und Studierenden, da sie eben kaum oder keine Steuer zahlen. Praktisch war dies genau bei den Effekten der Ökosteuer zu beobachten, die in Deutschland unter grüner Regierungsbeteiligung verwirklicht wurden. Dies ist keine Ökosteuer, sondern eine Armensteuer“, schrieb damals sogar der Vertreter eines Umweltverbandes.³⁴ Eine neue Energiepolitik erfordert ein radikales Umdenken auch im persönlichen Verhalten. Wenn sie aber zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft führt, indem Einkommensschwache von einem angemessenen Maß an bezahlbarer Energie ausgeschlossen werden, wird auch kaum eine Mehrheit dafür gefunden werden können.

³⁰ Siehe: Die Linke: Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich. Thesenpapier zur Konferenz „Klima & Energie – Macht – Arbeit“ 2.-4. November 2007 http://die-linke.de/fileadmin/download/energiepolitik/071026_thesenpapier_energiekonferenz.pdf

³¹ Nachhaltiges Österreich (Hrsg.) (2007): Energieeffizienz im Wohnbereich & Armutsbekämpfung http://www.armut.at/071008_TRENDREPORT_01_DE.pdf FORUM

³² Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, Institut für sozial-ökologische Forschung (2006): Energiekostenanstieg, soziale Folgen und Klimaschutz. Seite 17

³³ Greenpeace und Armutskonferenz: Teuerung ist kein Schicksal. Gemeinsam gegen Armut und Klimawandel. Wien (OTS), 18. Aug 2008

³⁴ Die Linke: Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich. Thesenpapier zur Konferenz „Klima & Energie – Macht – Arbeit“ 2.-4. November 2007 http://die-linke.de/fileadmin/download/energiepolitik/071026_thesenpapier_energiekonferenz.pdf

Wenn Öko-Steuern allerdings beispielsweise für höhere staatliche Ausgleichszahlungen für höherer Energiepreise verwendet werden, wäre dies eine soziale Flankierung der Strukturbrüche durch den ökologischen Umbau.

Erstaunlich wenig konkrete Analysen und Maßnahmenkonzepte zu Energie, Verteilung und Armut

Obwohl seit den 70er Jahren die Energiefragen immer wieder in Zentrum des politischen Interesses gerückt sind, ist erstaunlich, dass es insgesamt sehr wenig konkrete Analysen gibt, die Ökologie und Verteilung verbinden bzw. kaum konkrete sozialökologische Maßnahmenkonzepte vorliegen, die über Grundideen hinausgehen, und konkrete nächste reale Schritte mit längerfristigen Perspektiven der Lösung der verbundenen Fragen zu Energie, Verteilung und Armut darlegen:

Die Forschungsgruppe „Nachhaltiges Österreich“ stellte fest, „dass es in Österreich derzeit an empirischen Daten über die Zusammenhänge zwischen (mangelnder) Energieeffizienz und Armut fehlt. So wäre es sinnvoll zu wissen, wie viele alte Ölöfen in armen und armutsgefährdeten Haushalten zu finden sind, wie viele arme und armutsgefährdete Haushalte in sanierungsbedürftigen Gebäuden angesiedelt sind, wie viele Haushalte in Österreich mehr als 10 % ihres Einkommens für Energie ausgeben müssen (in Anlehnung an die britische Definition von Energiearmut) etc.“³⁵

SOFORTMASSNAHMEN

Bis zu Einführung einer umfassenden Energiegrundsicherung **soll und kann innerhalb einiger Wochen** sofort – noch für den kommenden Winter - folgendes verwirklicht werden:

- ❖ **Verbot der Lieferunterbrechung** für Strom und Gas vor allem im Winter (wie in Belgien teilweise realisiert)
- ❖ Alle Gas- und E-Unternehmen sollen **Sozialtarif für Privathaushalte mit geringen Einkommen** verpflichtend einführen. - EON-Bayern hat für Haushalte mit sehr geringem Einkommen einen eigenen Tarif eingeführt, der mit einer Energie- und Stromsparberatung verbunden ist.³⁶
- ❖ **Abschaffung der Energiegrundgebühren** einschließlich Messgebühren und damit der Fixkosten – dadurch wird zusätzlicher Verbrauch nicht günstiger, und Kleinhaushalte werden entlastet.
Fixe Anschlusskosten bewirken, dass die Gesamtkosten je verbrauchte Einheit Energie mit zunehmenden Verbrauch günstiger werden. Das ist sozial ungerecht und auch unökologisch, da so nicht nur kein Anreiz fürs Energiesparen gegeben ist, sondern Mehrverbrauch günstiger wird.
- ❖ **Bessere Übersichtlichkeit der Abrechnungen und Vergleichbarkeit der Tarife**
Eine bessere Übersichtlichkeit und Verständlichkeit der Jahresabrechnungen kann Impulse für energie- und kostensparendes Verhalten geben. - Dazu gibt es eine

³⁵ Nachhaltiges Österreich (Hrsg.) (2007): Energieeffizienz im Wohnbereich & Armutsbekämpfung
http://www.armut.at/071008_TRENDREPORT_01_DE.pdfFORUM

³⁶ Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, Institut für sozial-ökologische Forschung (2006):
Energiekostenanstieg, soziale Folgen und Klimaschutz. Seite 25

Vielzahl von Tarifen je nach Energieversorgern, Energieträgern und Abrechnungsmodalitäten, dies beschränkt die Vergleichsmöglichkeiten. Auch dadurch besteht oft nur wenig Anreiz für energiesparendes Verhalten.

❖ **Haushalts- und Industriekunden sollen VOM VERSORGER gleich behandelt werden.**

Noch ungerechter als die fixen Anschlusskosten ist die absolut diskriminierende Behandlung derselben Einheit Energie zwischen Haushalten und Industrie. Die Nettoabgabepreise vom Versorger für Heizöl, Diesel, Gas und Strom sind für die Industrie weitaus günstiger, sie liegen nahe den Gestehungskosten, was dazu führt, dass die Gewinne hauptsächlich mit den Haushalten gemacht werden.

Tabelle 1

Jahresdurchschnittspreise und -steuern für die wichtigsten Energieträger 2007
(in EUR)

	Nettopreis	Energieabgabe	MWSt	Steuern insgesamt	Bruttopreis
Heizöl (Industrie)/1000 l	365,95	108,32	0,00	108,32	474,27
Heizöl (Haushalte)/1000 l*	439,38	108,32	109,54	217,86	657,24
Diesel (komm. Einsatz)/l	0,37	0,36	0,00	0,36	0,73
Diesel (privater Einsatz)/l ¹⁾	0,49	0,36	0,17	0,53	1,02
Superbenzin 98 Octan/l ¹⁾	0,58	0,45	0,21	0,65	1,23
Gas (Industrie)/10 ⁷ kcal BW ³⁾	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.
Gas (Haushalte)/10 ⁷ kcal BW ³⁾	500,37	69,34	113,94	183,28	683,65
Elektrischer Strom (Industrie)/kWh ²⁾	0,08	0,02	0,00	0,02	0,10
Elektrischer Strom (Haushalte)/kWh ²⁾	0,11	0,02	0,03	0,05	0,16

Q: STATISTIK AUSTRIA, Gütereinsatzstatistik 2006, Großhandelspreisindex 2007, VPI 2007; Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit; E-Control. Erstellt am: 04.04.2008. - 1) Quelle Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. - 2) Quelle E-Control. - 3) BW=Brennwert, 10⁷ kcal = 1t Ölequivalent. - n.v. = nicht verfügbar

* Inzwischen sind die Heizölpreise wesentlich höher: 26.8.09: bei 949 € /1000l bei einer Kaufmenge von 3000 l

Haushalts- und Industriekunden sollen STEUERLICH gleich behandelt werden

Die unterschiedliche steuerliche Belastung ist ganz besonders ausgeprägt und beträgt bei Heizöl das Doppelte, und bei Strom sogar mehr als das Doppelte; für Gas werden die großen Tarifunterschiede gar nicht mehr veröffentlicht: Siehe im einzelnen die folgende Tabelle.

Durch die Deregulierung im Energiesektor ist die unterschiedliche Behandlung von Haushalten und Industrie sogar noch größer geworden. Dabei sind die Gestehungskosten, wie auch die ökologischen Folgekosten pro Einheit Energie dieselben. Die manchmal zur Rechtfertigung angeführten unterschiedlichen Netzkosten sind insofern nicht stichhältig, als die Netze zum größten Teil errichtet sind. **Jedenfalls ist die Forderung**

gerechtfertigt: Haushalts- und Industriekunden sollen tarifmäßig gleich behandelt werden.

Übergangsmaßnahme: Weiterentwicklung der Heizkostenzuschüssen

- ❖ **Rechtsanspruch:** Menschen dürfen nicht zu Bittstellern gemacht werden. Darum braucht es einen Rechtsanspruch auf alle Sozialhilfeleistungen. Darunter auch der **Heizkostenzuschuss** für Haushalte mit geringem Einkommen
- ❖ Heizkosten-Zuschüsse sollen vom Anspruch her **ausgeweitet und entbürokratisiert** werden und mit kostenlosen Energieberatungen verknüpft werden

Problemstellung:

„Bei Heizkostenzuschüssen handelt es sich um ein typisches kurzfristiges Instrument der Unterstützung von sozial Schwächeren, um finanzielle Härten durch die gestiegenen Energiepreise abzufedern. In puncto Energieeffizienz bringen Heizkostenzuschüsse natürlich nichts. Da wäre es sinnvoll, auf mittlere und lange Sicht zu überlegen, wie auch sozial Schwächeren der Umstieg auf umweltfreundliche UND im Verbrauch effiziente (d.h. auch kostengünstige) Energieträger ermöglicht werden kann. Derzeit fehlt hier ein geeignetes Instrument. Natürlich gibt es Zuschüsse für Häusersanierungen etc., aber wenig für individuelle sozial schwächere Haushalte.“ Zitat DI Andreas Eigenbauer, Energiedezernatsleiter und Landesenergiebeauftragter der Stadt Wien, 27.04.2007: ³⁷

Die Heizkostenzuschüsse sind daher zunächst mit Energieberatung zu verbinden. Es geht um **Umstiegshilfen auf langfristiger Contracting-Basis** für Haushalte, die etwa mit Ölheizungen in der Falle der steigenden Kosten für fossile Energie sitzen. Ähnliches soll für Heizungen auf Basis von Kohle und Koks, bzw. Strom gelten. Es geht darum den Stromverbrauch in den Haushalten senken, Ersatz alter „Stromfresser“ in einkommensschwachen Haushalten fördern

Energieberatung und einfache Einsparmaßnahmen

Wichtig es eine niederschwellige Energieberatung, die alle - nicht nur die Mittelschichten - erreicht. Bestehende bewährte Einrichtungen dazu sind auszubauen.

Durch einfache kostenlose und billige Maßnahmen sind durchaus bis zu 20 % an Energie zu sparen, ohne Komfortverlust. Wesentlich ist etwa die **richtige in Abständen zu wiederholende Einstellung von Heizungen**, nicht nur, aber ganz besonders für Einkommensschwächere. Daher sollten die richtige Einstellung von Heizungen durch Fachleute zunächst für neubezogene Wohnungen und dann laufende Einstellungsüberprüfungen gefördert werden. Der erste Check einer Heizung nach dem Winter sollte generell Teil des Service sein, ohne zusätzliche Kosten für die HeizungsnutzerInnen.

Weitere einfachere Maßnahmen

- ❖ Allgemeine Energieberatung - Vor-Ort-Check
- ❖ Analyse der Energierechnungen

³⁷ Nachhaltiges Österreich (Hrsg.) (2007): Energieeffizienz im Wohnbereich & Armutsbekämpfung http://www.armut.at/071008_TRENDREPORT_01_DE.pdfFORUM

- ❖ Verleih und Vergabe von Strommessgeräten um das Bewusstsein für Standby-Geräte und Energieeffizienz zu verbessern
- ❖ Energiebuchhaltung für Haushalte
- ❖ Beratung über Förderung und Finanzen
- ❖ Einfache Fensterdämmungen (etwa die bekannten Dämmstreifen)
- ❖ Heizungsentlüftung
- ❖ Stand-by-Blocker installieren
- ❖ Effiziente Beleuchtung
- ❖ Heizungsscheck Kessel
- ❖ Heizungsoptimierung Etage - Gasthermen

Siehe dazu weiter auch im *Anhang*:

Förderung einfacher Maßnahmen durch wiederholte Energieberatung

WARUM ENERGIEGRUNDSICHERUNG

Exkurs: Haltungen und Vorschläge von Parteien vor den Nationalratswahlen 2008 zur Teuerung und insbesondere der Energiepreisteuerung

Die **SPÖ** will vor den Nationalratswahlen der Teuerung durch eine baldige Steuerreform, „Benzinpreisstopp“, Mietpreisstopp und Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel begegnen.

Die **ÖVP** möchte den Teuerungsausgleich vor allem über mehr Familienbeihilfe für größere Kinder und mehr Pflegegeld abgelden.

Die Regierung plant noch eine Jahreskarte für alle öffentlichen Verkehrsmittel um 1490 € einzuführen. Dies ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber hilft Wenigerverdienenden kaum.

Ähnlich ist absehbar, dass die anderen Maßnahmen bei vielen Gruppen nur beschränkt oder vorübergehend wirken würden, selbst wenn sie tatsächlich durchgeführt würden.

Beide Regierungsparteien reden vor den Wahlen von einem „Gebührenstopp“, wobei ohne Absicherung durch Änderung der „Kostendeckungsregel“ dies allerdings nur einen Aufschub bedeutet. Die verstärkte „Preisbeobachtung“ – von beiden Parteien forciert - ist offenbar ein Placebo

Bei den **Grünen** steht im Vordergrund, den Verbrauch stärker zu senken und erneuerbare Energien zu forcieren. Die Grünen haben sinnvolle Konzepte für den Ausstieg aus fossilen Energien vorgelegt,³⁸ behandeln darin aber Fragen der sozialen Betroffenheit und der Verteilungswirkungen nicht oder nur mit knappen unzureichenden Hinweisen. Dadurch wird aber gerade bei denjenigen, die durch die krisenhafte Energiepreisentwicklung besonders betroffen sind, kaum eine Zustimmung für eine Energiewende erreicht werden können.

Die Ankündigungen von Finanzminister Molterer gegenüber den Ölfirmen sind offensichtlich eher theatralisch, da die Umsetzung von Maßnahmen nach den Wahlen kaum größer ist als vor den Wahlen: „Ich habe dem Chef der ÖMV vor kurzem klar gesagt: wenn ihr nicht Fairness walten lässt, ... werden wir ein Wettbewerbsrecht so bissfest und so hart machen, dass es für euch Milliardenstrafen regnet... Wenn sich jetzt herausstellt, dass sich diese Firmen nicht an die Fairness halten, dass die die Ölpreissenkung nicht fair an die Autofahrer weitergeben, dann wird es Strafen geben, dass es nur so rauscht....Es wird gerade bei den Mineralölfirmen

³⁸ Z. B.: Die Grünen: Die grüne Energiewende- Aufbruch ins solare Zeitalter

in Zukunft ganz hart, ganz brutal sanktioniert, also gestraft werden... Wir werden das Wettbewerbsrecht dramatisch verschärfen.“³⁹

Möglichkeiten der Bewältigung der sozialen Probleme durch die Preisentwicklung im Energiebereich

Generell können die sozialen Probleme der Teuerung im Energiebereich mit unterschiedlichen Mitteln bewältigt werden:

1. **Preisbeobachtung**, mehr Information über Preise, „**Förderung des Wettbewerbes**“. Dies ist eine herrschende Stoßrichtung, bringt aber angesichts der hohen Konzentration im Strom-, Öl- und Gasbereich nur wenig, wenn nicht umfassende Maßnahmen zur Einschränkung der Konzernmacht gesetzt werden. Insbesondere weniger Verdienende haben eine geringere Marktmacht, weniger Möglichkeiten für einen Wechsel und sind daher der Marktmacht der Energiemultis besonders ausgesetzt.
2. **Preisregulierung und Preisstopp** ist grundsätzlich zweckmäßig, begünstigt allerdings auch besser Verdienende (Mitnahmeeffekte) und ein vorübergehender Preisstopp kann nach einiger Zeit (z. B. nach Wahlen) umso höhere Effekte auslösen, wenn nicht eine entsprechende Gesamtpolitik gemacht wird.
3. **Subventionierung**: die generelle Subventionierung von Energiepreisen scheint nicht zweckmäßig, da es schwierig ist, gegen steigende Weltmarktpreise „ansubventionieren“, ebenfalls Mitnahmeeffekte für besser Verdienende auftreten, und die Kosten durch Schäden der Emissionen (externe Kosten z. B. bezüglich Klima) nicht abgegolten werden.
4. **Preis- und Tariffdifferenzierung**: Eigene Preise für bestimmte Einkommensgruppen etwa Spezialtarife für Haushalte mit wenig Einkommen wie in Bayern.
5. **Steuerliche Maßnahmen**. Die Wirksamkeit von Steuerreformen ist erst in mittlerer Sicht gegeben und bringt den Haushalten mit wenig Einkommen in der Regel sehr wenig, da sie kaum Steuerabzüge realisieren können. Auch diverse Lösungsvorschläge wie einfache CO₂-Steuern haben eindeutig regressive, also ärmere Schichten benachteiligende Effekte, im konkreten abhängig von den spezifischen Verbrauchsgewohnheiten⁴⁰ Umsatzsteuersatzherabsetzungen für spezielle Produkte wie Energie und Nahrungsmittel begünstigen auch hohe Einkommen und können von Unternehmen mit hoher Marktmacht leicht benutzt werden, um die Steuersenkungen nur teilweise weiter zu geben.
6. **Transferzahlungen** wie etwa der Heizkostenzuschuss. Abgesehen von der beschränkten Höhe, dem Aufwand für die Administration und der sozialen Punzierung wird dabei kein Anreiz gegeben aus der Falle der fossilen Energiekostenerhöhung auszusteigen, etwa alte Öfen zu ersetzen.
7. **Physische Grundsicherung** – Lieferung eines Grundkontingentes von Strom, Gas oder anderen Energieträgern. In der reinen Form ebenfalls nur beschränkter Anreiz aus der fossilen Energie, die aufgrund der Beschränkten Verfügbarkeit immer teurer wird, und auch aus Klimagründen nicht in der jetzigen form aufrechtzuerhalten ist.
8. **Energiegrundsicherung** durch Zahlungen für Energieäquivalent, mit dem Anreiz für sparsamen Umgang und weiteren Umverteilungselementen.

³⁹ Österreich 3.8.08, Seite 7

⁴⁰ Smith Steven (1993): Who Pays for Climate Change Policies? Distributional Side-effects and Policy Responses, OECD, Paris. S.11, 18

9. **Gleiche „Verschmutzungsrechte“:** „Verschmutzungszertifikate“ werden etwa „versteigert“ („Auktion“), und die Erlöse davon werden **nach gleichen Beträgen pro Kopf aufgeteilt.**

Wesentlich ist die Haltung, dass Teuerung kein Schicksal ist, und durchaus bekämpft werden kann, wenn umfassende Konzepte realisiert werden. Bei Einzelmaßnahmen, die nicht die Gesamtverteilung im Auge haben, wie der Senkungen der Umsatzsteuer auf Energie kann immer wieder mehr oder weniger zurecht angewendet werden, dass Reichere zum Teil genauso oder mehr profitieren können.

Daher ist ein umfassendes Konzept, das auch ökologische Effekte berücksichtigt, und die Gesamtverteilung im Auge hat, wichtig. In diesem soll hier das Grundkonzept der Energiegrundsicherung präzisiert und erweitert werden.

ERWEITERUNG DES GRUNDKONZEPTS DER ENERGIEGRUNDSICHERUNG

Faktum ist, dass es ganz entscheidende „Nebenwirkungen“ des Verbrauchs von fossiler Energie (Öl, Gas und Kohle) auf das Klima gibt. Wesentlich ist daher, dass bei der Entscheidung über den Energieverbrauch in Zukunft auch die Folgekosten auf Umwelt und Klima einbezogen werden, die ja derzeit in den Preisen nicht berücksichtigt werden.⁴¹

Fossile Energieträger sind jetzt schon von der Versorgungsseite mit einer steigenden Preisdynamik behaftet, und das ist erst der Anfang. In Zukunft werden beträchtliche Preisveränderungen von der Klimapolitikseite dazukommen. Wenn einkommensschwächere Gruppen nicht einen immer größer werdenden Anteil ihres Einkommens für die weiter (steigende) Energiepreise aufwenden sollen, ist eine Verminderung des Energieverbrauchs durch größere Effizienz auch in ihrem Interesse. Dabei ist Unterstützung dabei notwendig. „Die Leistungsempfänger sollten Anreize in Form einer **Bonusregelung** erhalten, wenn Heizenergie eingespart wird. Der mögliche Bonus sollte sich jedoch am Heizenergieverbrauch und nicht an den Heizenergiekosten orientieren, um Einflüsse durch Preiserhöhungen zu vermeiden.“⁴²

Dabei gibt es bei dieser Strategie allerdings auch positive „Nebenwirkungen“ für Umweltqualität, für Luftqualität im Besonderen, für Gesundheit und Beschäftigung.

Das Energiegrundsicherungskonzept soll daher in der näheren Detaillierung **nicht rein vom Volumen (physisch) verstanden werden, sondern es werden die geldlichen Gegenwerte für diese Grundsicherung verteilt und durch Bonusregelungen Anreize für einen sparsamen Umgang geschaffen**, wobei – und das ist wichtig - **gleichzeitig weitere positive Umverteilungseffekte** bewirkt werden.

Mit dem Geld aus Energiegrundsicherung, wird die Strom- und Gasrechnung bezahlt, bzw. bei geringerem Verbrauch eben ein Einkommen erzielt.

⁴¹Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, Institut für sozial-ökologische Forschung (2006): Energiekostenanstieg, soziale Folgen und Klimaschutz. Seite 15

⁴²Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, Institut für sozial-ökologische Forschung (2006): Energiekostenanstieg, soziale Folgen und Klimaschutz. Seite 30

Es geht um möglichst zielgenaue Maßnahmen. Da die realen Zustände sehr unterschiedlich sind und in komplexen Zusammenhängen stehen, kann es auch nicht ganz simple Lösungen geben: Komplexe Zusammenhänge erfordern umfassende Lösungen.

Zunächst sollen die eingangs angekündigten Präzisierungen vorgenommen werden:

Berücksichtigung unterschiedlicher realer Haushaltgrößen

Verschiedene reale Haushaltgrößen etwa mit mehr Kindern sollen im Sinne einer fairen Gleichbehandlung durch Äquivalenzprinzipien berücksichtigt werden, die auch von der EU in der Haushaltsstatistik angewandt werden: dabei zählt der erste Erwachsene mit 1, weitere Erwachsene mit 0,5 und Kinder bis 14 mit 0,3.

Somit hat der im Grundkonzept erwähnte Zweipersonen-Haushalt mit 2.200 kWh Strom und 800 m³ Gas eine Äquivalenzzahl von 1,5. Daraus ergibt sich etwa für eine Person ein Standardwert für das Grundkontingent von $2200/1,5 = 1467$ kWh Strom bzw. $800/1,5 = 533$ m³ Gas oder für eine Familie von 2 Erwachsenen und 2 Kindern eine Äquivalenzzahl von 2,1 und Standardwert von $2200 * 2,1/1,5 = 3080$ kWh Strom bzw. $800 * 2,1/1,5 = 1120$ m³ Gas.

Mehrere Wohnsitze werden nicht berücksichtigt, da dies die Ziele des vorgeschlagenen Systems durchkreuzen könnte. Es sollte im Regelfall der Hauptwohnsitz zählen.

Berücksichtigung unterschiedlicher Energieträger

Zunächst ist zu beachten, dass fast alle Haushalte Elektrizität, aber nur etwa ein Drittel Gas nutzen (können), da Gas nicht überall verfügbar ist, bzw. andere Heizungsmöglichkeiten wie etwa Fernwärme naheliegender sind.

Neben Gas finden an fossilen Energieträgern Kohle, Briketts, Koks; Heizöl, Flüssiggas Verwendung; nichtfossil sind Stückholz, Pellets, Hackschnitzel.

Bei Strom, Wärmepumpe und Fernwärme gibt es je nach Stromherkunft unterschiedliche Zusammensetzungen.

Durch die vorgeschlagene Kontingentierung der Energiegrundsicherung in Geldform (1000 €) erübrigt sich die Umrechnung für die Haushalte, die kein Gas haben.

Berücksichtigung konkreter weiterer Faktoren

Die Energiekosten unterscheiden sich nicht nur vor allem nach Gebäudestandard (Wärmedämmung) und Heizungssystem, sie differieren auch nach Lage der Wohnung im Gebäude. Wohnungen mit vielen Außenwänden haben bis zu 47 % mehr Energieverbrauch als Wohnungen, die von anderen umgeben sind.⁴³

Auch die Warmwasserbereitung wird unterschiedlich vollzogen.

Weitere Einflussfaktoren für konkrete Energiekosten und verursachte CO₂-Emissionen sind u. a.:⁴⁴ Örtliche Durchschnittstemperatur, Prägung eines Jahres durch besondere Wetterlagen,

⁴³ Wohnungen, die nicht in Randbereichen von Gebäuden sind, sondern rundherum von anderen Wohnungen umgeben sind, haben wesentlich weniger Heizenergieaufwand. So haben Wohnungen in großvolumigen Bauten an Ecken im obersten Geschoß etwa einen 50 % höheren Heizaufwand, als Wohnungen, die ringsherum von anderen Wohnungen umgeben sind. Siehe: Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, Institut für sozial-ökologische Forschung (2006): Energiekostenanstieg, soziale Folgen und Klimaschutz. Seite 10

⁴⁴ Siehe auch Umweltbundesamt (Wien 2007): Kyoto-Fortschrittsbericht Österreich 1990-2005, p 14

Energieeffizienz bei der Wärmeerzeugung- bzw. -umwandlung, Verwendung elektrischer Geräte und deren Energieeffizienz, Anteile erneuerbarer Energie, Kohlenstoffgehalt der fossilen Energie.

Bis zur Ausarbeitung eines umfassenderen objektivierte Systems der Berücksichtigung von aufgezählten Faktoren wird vorgeschlagen **für besondere Belastungen Zuschläge von jeweils 15 oder 30 % auf das Grundkontingent zu ermöglichen**. Diese werden auf Antrag in einem einfachen Verfahren auf Angemessenheit beurteilt.

Berechnungen des Werts für das Strom- und Gas-Grundkontingent

Die hohen Energiekosten belasten alle Haushalte erheblich, gerade einkommensarme Haushalte aber in einem extremen Ausmaß. Aus diesem Grund werden Kosten für die Heizenergie-Grundsicherung beziehenden Haushalten **ergänzend zu den Regelleistungen** gewährt.

Die im folgenden angesetzten Werte sind laufend mit einem Energiepreisindex zu aktualisieren.

Das angenommene Grundkontingent 2200 kWh bewertet mit dem aktuellen Wiener Optima-Arbeitstarif von 15,93 c /kWh + 22,3 € Grundpreis und 31 € Messpreis (mit Starkstrom⁴⁵) ergeben eine jährliche Stromrechnung von 403 €. Etwas weniger würde beim etwas billigeren Messpreis für Schwachstrom anfallen. Es werden daher derzeit **400 €** Kosten für eine **Stromgrundversorgung** angenommen.

1 m³ Gas entspricht 10,7kWh. 1 kWh Gas wird in Wien für einen Kleinverbraucher derzeit mit 5,85 c abgerechnet. Das angenommene Grundkontingent von 800 m³ ergibt: 800 x 10,7 x 5,85 c = 501 €, zusätzlich 51,3 Grundpreis und 21,4 Messpreis ergibt dies jährliche Kosten für eine Gasgrundversorgung von 573,3. angesichts wegen der Wahl zurückgehaltener Erhöhungen, wird hier auf **600 €** Kosten für eine **Gasgrundversorgung** aufgerundet.

Wird Gas nicht verwendet, so werden auch diese Kosten angesetzt.

Der Geldgegenwert für die angenommene Strom- und Gasgrundversorgung beträgt somit derzeit rund 1000 €.

2004 hatte ein durchschnittlicher Haushalt (es gab 3429719 Haushalte in Österreich) 4207 kWh Strom verbraucht und dafür 633 € ausgegeben; pro Person waren dies 786 €; pro m² Wohnnutzfläche 43 €. Die gasverbrauchenden Haushalte bezogen im Schnitt 724 € für Gas, pro Person waren es 331 €⁴⁶.

Die Menge an Strom von 2004, die von Haushalten verbraucht wurde, bewertet mit aktuellen Stromgesamtkosten (Wien August 2008) stellt für alle Haushalte einen Wert von etwa **2,525** Mrd. € dar. Der diesbezügliche Wert des Strom-Grundkontingents von 2200 kWh für alle Haushalte macht **1,3** Mrd. € aus, d. h. etwas mehr als die Hälfte der Stromgesamtkosten für alle Haushalte.

Die Menge an Gas von 2004, die von Haushalten verbraucht wurde, bewertet mit aktuellen Gasgesamtkosten (Wien August 2008) stellt für alle Haushalte, die Gas verwenden, einen Wert von etwa **0,65** Mrd. € dar. Der diesbezügliche Wert des Gas-Grundkontingents von 800 m³ für alle Haushalte, die Gas verwenden, macht **1,32** Mrd. € aus, d. h. etwas mehr als die Hälfte der Gasgesamtkosten für die Haushalte.

⁴⁵ Z. B. bei Elektroherd

⁴⁶ Siehe Anhang

Umverteilungserfordernisse der Energiegrundsicherung

Die Umverteilungserfordernisse durch Grundkontingente für Gas und Strom erfordern daher zu derzeitigen Preisen in etwa:

1,3 Mrd. € für Strom

0,7 Mrd. € für Gas

1,4 Mrd € für andere Energieträger (umgerechnet nach Gas-Äquivalenten)

Ergibt zusammen **3,4 Mrd. €**

Anders und einfacher gerechnet: 3,43 Mill. Haushalte erhalten je 1000 €.

Von der Größenordnung entspricht das etwa dem **Bundesheerbudget**.

FINANZIERUNGSMÖGLICHKEITEN DER ENERGIEGRUNDSICHERUNG

Die Finanzierung der Energiegrundsicherung erfolgt

1. aus Extrabesteuerungen der außerordentlichen hohen Gewinne der Öl, Gas- und Stromunternehmen
2. aus zusätzlichen Einnahmen aus der (Mehrwert)Steuer, die aus der Heizölpreisentwicklung resultieren
3. aus den höheren Einnahmen aus Strom und Gas bei Verbräuchen über das Grundkontingent hinaus infolge von progressiven Tarifen.

Allein der ausgewiesene⁴⁷ ÖMV-Gewinn (EGT) betrug 2007 2,4 Mrd. € (davon wurden 569 Mill.€ Steuer bezahlt⁴⁸, mit extrem steigender Tendenz: für das erste Halbjahr 2008 ist bei der ÖMV sogar ein Gewinn von ca. 1,8 Mrd. € angefallen.⁴⁹

Bestrebungen, die extrem hohe Gewinne der Ölgesellschaften stärker zu besteuern gibt es in diversen Ländern („Robin Hood Steuer), darunter von Barack Obama auch für die USA, in Italien wurde sie ansatzweise eingeführt. Finanzstaatssekretär Matznetter schlug vor von den ÖMV-Gewinnen zusätzlich 100 Mill. € als Sondersteuer für soziale Zwecke zuzuführen. („Das ist für die ÖMV locker verkraftbar“)⁵⁰. Auch eine wesentlich stärkere Besteuerung ist möglich und sinnvoll: Eine **Sonderprofitabschöpfung von 40 % für die Ölwirtschaft** würde für 2008 **0,72 Mrd. € von der ÖMV** bringen, und dazu noch geschätzte über eine Viertel Milliarde € von anderen Ölgesellschaften, durch Abschöpfung von Oligopolgewinnen. Dies würde etwa **1 Mrd. €** bringen

Die Bruttowertschöpfung der Unternehmen in der Strom- und Gaswirtschaft betrug 2005 4,545 Mrd. €, wird davon sachgemäß der Personalaufwand von 2,038 abgezogen, zeigt sich als Kenngröße für den Bruttogewinn von 2,5 Mrd. €⁵¹ (für die Erdölwirtschaft werden diese Zahlen so nicht ausgewiesen sie dürften etwa das doppelte betragen). Eine

⁴⁷ Durch konzerninterne Verrechnungspreise, Sonderabschreibungen, Bewertungsmaßnahmen, hohe Rückstellungen, Verluste aus Vorjahren, steuerfreien Gewinnen aus ausländischen Beteiligungen und durch die neu eingeführte Gruppenbesteuerung ist der Gestaltung der Ergebniszahlen freier Raum gegeben.

⁴⁸ Kurier 11.6.08

⁴⁹ Wirtschaftsblatt 6.8.08

⁵⁰ Kurier 11.6.08

⁵¹ Statistik Austria (2008): Statistisches Jahrbuch Österreich, Kapitel 22 Energie. Tabelle 22.15

Wertschöpfungsabgabe von 40 % für die Strom- und Gaswirtschaft würde auch etwa **1 Mrd. €** bringen

Die Bundesregierung profitiert auch über die Mehrwertsteuer erheblich von den massiv gestiegenen Energiepreisen: Je höher die Energierechnung, desto höher ist der Anteil der Steuer. Den geringsten Anteil am Strompreis hat die Abgabe für erneuerbare Energien.

Allein aus den zusätzlichen Einnahmen aus der (Mehrwert)Steuer, die aus der Heizölpreisentwicklung resultieren, kann ein wesentlicher Betrag für den Einstieg in Sozialtarife bzw. in eine Energiegrundsicherung finanziert werden. Betragen 2004 die Steuereinnahmen aus Heizöl für Haushalte ca. 320 Mill. €⁵², so dürfte bei einer Preissteigerung auf 250 % des damaligen Preises auch bei einem Verbrauchsrückgang infolge der Anhebung des Steuersatzes bei weiter ähnlichen Preisen wie im August 2008 im Ganzen Jahr 2008 um die 800 Mill. € und damit um fast eine **halbe Milliarde mehr** als 2004 ins Budget wandern.

Somit können aus der zusätzlichen Besteuerung der überhohen Gewinne der Öl, Strom- und Gasfirmen und aus den zusätzlichen Steuereinnahmen der Regierung aus der Heizölpreisentwicklung zusammen etwa 2,5 Mrd. jährlich aufgebracht werden. Der Rest auf die für die Energiegrundsicherungsfinanzierung notwendigen 3,4 Mrd. € kann aus Einnahmen aus der progressiven Tarifstruktur für zusätzlichen Verbrauch gewonnen werden.

Somit erfolgt die Finanzierung durch Umschichtungen im Energiesektor und erfordert keine zusätzlichen Quellen. Aus der progressiven Tarifstruktur für zusätzlichen Verbrauch werden wahrscheinlich wesentlichen noch wesentlich mehr Einnahmen erzielt werden, sodass ein ausreichender Spielraum gegeben ist.

Progressiver Tarif für Mehrverbrauch

Wie angeführt, sind **1000 € die Orientierung für das Energiegrundkontingent** für einen zwei-Personenerwachsenenhaushalt. Diese Summe wird noch **verändert durch Berücksichtigung unterschiedlicher realer Haushaltgrößen** (durch Äquivalenzzahlen für mehr oder weniger Haushaltmitglieder, siehe Kapitel dazu) **und die Berücksichtigung konkreter weiterer Faktoren** (für besondere Belastungen Zuschläge von jeweils 15 oder 30 % auf das Grundkontingent, siehe Kapitel dazu).

Wird der Verbrauch, der dem Grundkontingent zugrunde liegt (2200 kWh Strom, 800 m³ Gas oder eine energieäquivalenter Brennstoff) so beginnt ein progressiver Tarif für Mehrverbrauch zu wirken: Ausgangspunkt ist der bisherige Tarif, der dann aber rasch ansteigt.

Wird genau das Grundkontingent verbraucht, so kann mit dem Geld der erhaltenen Energiegrundsicherung genau diese Menge bezahlt werden. Gegenüber früher bleiben 1000 € mehr im Geldbörse, da die Energierechnung eben aus der erhaltenen Energiegrundsicherung bezahlt wird.

Bei 50 % Mehrverbrauch über dem Grundkontingent, wird doppelt so viel wie vorher für die Menge über dem Grundkontingent bezahlt. 1000 € werden auch für das Grundkontingent erhalten, die Energierechnung beträgt nun 2000 € (1000 € für die ersten 100% des

⁵² Siehe Steuersatz von zusammen ca. 33,1 % bei insgesamt 970 Mill. Ausgaben der Haushalte für Heizöl, siehe Tabelle im Anhang.

Energieverbrauchs, und 1000 € für den weiteren Verbrauch von 50 % über dem Grundkontingent. Gegenüber vorher, wo (vereinfacht) etwa 1500 € für Energie bezahlt wurden, sind jetzt netto (2000 minus 1000 €=1000 € zu zahlen, d. h. 500 mehr im Geldbörstel.

Bei 100 % Mehrverbrauch über dem Grundkontingent, wird dreimal so viel wie vorher für die Menge über dem Grundkontingent bezahlt. 1000 € werden auch für das Grundkontingent erhalten, die Energierechnung beträgt nun 4000 € (1000 € für die ersten 100% des Energieverbrauchs, und 3000 € für den weiteren Verbrauch 100 % über dem Grundkontingent. Gegenüber vorher, wo (vereinfacht) etwa 2000 € für Energie bezahlt wurden, sind jetzt netto (4000 minus 1000 €=3000 € zu zahlen, d. h. 1000 mehr als früher.

Bei 150 % Mehrverbrauch über dem Grundkontingent, wird viermal so viel wie vorher für die Menge über dem Grundkontingent bezahlt. 1000 € werden auch für das Grundkontingent erhalten, die Energierechnung beträgt nun 6000 € (1000 € für die ersten 100% des Energieverbrauchs, und 6000 € für den weiteren Verbrauch 150 % über dem Grundkontingent. Gegenüber vorher, wo (vereinfacht) etwa 2500 € für Energie bezahlt wurden, sind jetzt netto (6000 minus 1000 €=5000 € zu zahlen, d. h. 2500 mehr als früher. Usw.

Um die Sprünge jeweils beim Grundkontingent und im Folge abzumildern wären **Einschleifregelungen** anzuwenden.

Die Einsparwirkung kann wesentlich verstärkt werden, wenn in weiteren **Varianten** das Überschreiten des Verbrauchs des Grundkontingents der halbe oder gesamte Verlust der Zahlung aus der Grundsicherung zur Folge hat.

BONUSREGELUNG ALS ANREIZ FÜR EINE SPARSAMEN ENERGIEUMGANG

Umverteiltend wirken somit der Erhalt von 100 € Energiegrundsicherung für alle Haushalte (abgewandelt nach Größe) und die weitere progressive Tarifgestaltung. Zusätzlich kann eine Bonusregelung durch Anreize für eine sparsamen Energieumgang kleine Haushalte begünstigen. Haushalte mit unterdurchschnittlichem Energieverbrauch würden „netto“ über mehr Geld als vorher verfügen. Die Bonusregelung soll wirken, wenn durch eigene Investitionen oder durch Investitionen der Hauseigentümer absolute Energieeinspareffekte erzielt werden.

Anschaffung energieeffizienter Geräte

Seit 1990 ist Energieverbrauch mancher Haushaltgeräte um bis zu 80 % gesunken. Austausch von alten Haushaltsgerten spart bis zu 180 Euro jährlich.⁵³ (insbesondere bei Kühlschränke, Waschmaschine und Geschirrspüler). Die Amortisation dafür beträgt aber etwa 10 Jahre.⁵⁴ - Allerdings vermindert zusätzliche und mehrfache Geräte oft tatsächliche Einsparungen.

Eine thermische Solaranlage zur Warmwasserbereitung amortisiert sich in weniger als 10 Jahren.

Die jeweilige Kaufentscheidung orientiert sich vor allem an den Einstandspreisen und nicht an den Gesamtkosten (Kaufpreis plus Betriebskosten). Oft fehlen beim Kauf elektrischer

⁵³ http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1032324

⁵⁴ Presse 23.8.08, Seite I 1

Geräte für KonsumentInnen verständliche Informationen über den Energieverbrauch eines Geräts. Gerade bei einkommensschwächeren Personen ist der Einstandspreis das Hauptargument für den Kauf. Die Anschaffung neuer Geräte erfolgt auch vor allem dann, wenn das Altgerät kaputt geworden ist.

Grundsätzlich haben einkommensschwache Haushalte jedenfalls das Problem kaum Geld für größere Anschaffungen zu haben, die sich über längere Zeit „rentieren“.

Ziel sollte jedenfalls sein, dass energieeffiziente (A++) Geräte benützt werden.

Contracting

Hier bietet sich das Prinzip des **Contracting** an: die Anschaffung energieeffizienter Geräte wird finanziert durch zukünftige Ersparnisse. Dies wäre eine klassische Bankdienstleistung. Wenn jedoch hier hohe Zinsen einfließen, wird genau die Sinnhaftigkeit über die längere Frist gemildert. "Contracting" soll aber für Einkommensschwächere verstärkt nutzbar gemacht werden. Daher sollen dieses Contracting öffentlich Einrichtungen wie etwa die Nationalbank lenken.

Kostengünstige und leicht umsetzbare Maßnahmen sind dabei zuerst zu setzen. Es geht auch darum kleinere Förderungsmaßnahmen z. B. für Fensteraustausch zu prüfen und zu initiieren. Dabei ist die Finanzierung nur ein Aspekt; die offensive Beratung und Organisation der Maßnahmen sind besonders wesentlich. Die Abwicklung wäre etwa durch einen zu schaffenden öffentlich gelenkten **Energieeffizienzfonds** zu bewerkstelligen.

Weitere Handlungsfelder für Contracting sind vor allem Kesseltausch, vor allem Ausstieg aus den Ölheizungen, die Realisierung eines Fern- bzw. Nahwärmeanschlusses, Solare Warmwasserbereitung, Wärmedämmungsmaßnahmen und Gebäudehüllensanierung: Fenstertausch, Hüllensanierung.

Der mit Abstand größte Energieverlust beim Heizen erfolgt über Fassade, Fenster und Geschossdecken. Die Sanierung vermindert nicht nur Heizkosten, das Raumklima wird angenehmer, der Gebäudewert steigt.⁵⁵ Eine herkömmliche Altbauanierung bewirkt eine Verminderung im Energieverbrauch von 40-70 %, es sind aber auch Verminderungsraten bis 95% gegenüber dem Altbaubestand möglich. Allerdings: „Die bisherige thermisch-energetische Sanierungsrate von jährlich unter 1 % ist keinesfalls ausreichend, um dem Ziel der Klimastrategie im Bereich Raumwärme wesentlich näher zu kommen“.⁵⁶

Die **Wohnbauförderung** soll dabei für einkommensschwache Haushalte sowohl zum Umrüsten auf nachhaltige Heizformen wie auch in noch intensivere Wohnraumsanierung eingesetzt werden können⁵⁷. Die Wohnbauförderung ist dabei stärker nach sozialökologischen Gesichtspunkten auszurichten. Die Sozial- und Gemeindebauten sollen mit weitgehenden Sanierungsmaßnahmen dabei vorausgehen

Ein Energieeffizienzhemmnis ist, dass die **Eigentümer-Mieter- Problematik** bei Wohnverhältnissen sind dabei verschärft wirkt, da Mieter nur sehr beschränkt investieren können. Mieter sollen daher einen jährlich steigenden Anspruch auf Mietminderung erhalten, wenn Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs von Hauseigentümern nicht wirksam umgesetzt werden.

⁵⁵ Presse 23.8.08, Seite I 2

⁵⁶ Anpassung der Klimastrategie Österreichs zur Erreichung des Kyoto-Ziels 2008-2012. Vorlage zur Annahme im Ministerrat am 21. März 2007.

⁵⁷ Nachhaltiges Österreich (Hrsg.) (2007): Energieeffizienz im Wohnbereich & Armutsbekämpfung http://www.armut.at/071008_TRENDREPORT_01_DE.pdfFORUM

Klar ist, dass ein grundlegender Wechsel beim Energietarif (Grundkontingent und dann progressiver Tarif) nicht sofort optimal gestaltet werden kann. Es sind Anpassungen notwendig. Für besonderes schwierige Fälle ist eine Härteausgleich vorzusehen

MITTELFRISTIGE PERSPEKTIVE

Wie erwähnt wird hier auch eine **gemeinsame Lösung der Umwelt- und Klimaproblematik** (bei der die Energie der zentrale Faktor ist) **einerseits und der Verteilungsfrage andererseits** skizziert, die in der internationalen Diskussion deutlich an Boden gewinnt. Sollen die absehbaren dramatischen Auswirkungen der Klimaveränderungen noch einigermaßen eingegrenzt werden, so sind **innerhalb der nächsten Jahrzehnte Verminderungen beim Verbrauch fossiler Energieträger auf etwa ein Zehntel** des bisherigen Volumens zu erreichen.

- Der Übergang auf erneuerbare Energien wie Wind, regionale Biomasse und Sonnenenergie hätte auch eine Dezentralisierung und damit mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten zur Folge. Statt weiterhin viele Milliarden Euro für Öl- und Gasimporte aus geopolitisch instabilen und demokratisch zweifelhaften Regionen zu importieren – wie etwa massiv ÖMV und Regierung das Nabucco-Pipeline-Projekt forcieren -, würde dieses Geld in Österreich in neue Technologien investiert und Zehntausende neue Arbeitsplätze bringen. Statt weiterhin viele Milliarden Euro für Öl- und Gasimporte aus geopolitisch instabilen und demokratisch zweifelhaften Regionen zu importieren, wird dieses Geld in Österreich in neue Technologien investiert und Zehntausende neue Arbeitsplätze schaffen.

Prinzipien eines globalen sozialökologischen Wendeprogramms

Ein sozialökologisches Wendeprogramm, das die Anforderungen globaler Klimapolitik berücksichtigt, wird vom Prinzip auf Fairness und Gleichheit geleitet sein müssen⁵⁸, oder es wird keine effektiven Lösungen geben, weil die Länder und Bevölkerungsgruppen, die im Prozess der Industrialisierung stehen, nicht auf eine nachholende Entwicklung verzichten werden.

Im Vergleich zur oben vorgestellten ERWEITERUNG DES GRUNDKONZEPTS DER ENERGIEGRUNDSICHERUNG ist sozusagen zunächst die Handlungsfolge umgedreht: Bei der „Erweiterung des Grundkonzepts der Energiegrundsicherung“ wird an das bestehende System angeknüpft, und über eine Gewinnabschöpfung eine Grundverteilung hergestellt. Auf dieser Basis werden dann über Bonusleistungen Einsparungen vergütet. Die bestehende Verteilung von Energie mit Schwerpunkt auf fossiler Energie ist aber in dieser Zusammensetzung mit dem Schwerpunkt fossiler Energie sowohl vom Aufkommen wie von den Klimafolgen her nur mehr zeitweilig möglich, daher ist ein Übergang notwendig. Beim hier nun vorgestellten System werden zuerst „Verschmutzungszertifikate“ verkauft bzw. versteigert, und die Einkünfte daraus werden nachher gleich verteilt. Dadurch kann die Steuerung im sozialökologisch gewünschten Sinn von Anfang an besser erzielt werden.

⁵⁸ Baer P. (2006): Adaptation: Who pays whom? In: Adger W.N., J. Paavola, S. Hug and M. J. Mace (eds.) (2006): Fairness in Adaptation to Climate Change. – Cambridge, Mass

Ein tiefgehender fundamentaler Umbau wird grundsätzlich auf nationaler wie internationaler Ebene viele Gewinner und auch Verlierer sehen. Um Blockaden zu vermeiden, sind umfassenden Paketlösungen für alle Betroffenen notwendig.

Eine solche könnte grob von folgenden Grundüberlegungen geleitet sein.

1. Alle Menschen haben das **gleiche Recht an der nachhaltigen Nutzung der Ressourcen** der Erde (Energie, Boden, Bodenschätze).
2. Alle Menschen haben das **gleiche Recht an der Abgabe von Emissionen** an die Umwelt, die ökologisch negativ sein können.
3. Zum Schutz der lebenswichtigen Ökosysteme für die bestehende Generation und die zukünftigen Generationen sind globale Gesamt-**Begrenzungen für Emissionen** für verschiedenen Stoffe, insbesondere CO₂ zu setzen (maximale globale Emissionsvolumina bzw. mittelfristig anzustrebende „Verschmutzungsniveaus“).
4. Das Limit für die Gesamtemission wird global bzw. national festgelegt und dieses Limit wird schrittweise entsprechend klimapolitischen Zielen laufend reduziert, bis wieder ein klimaverträgliches Niveau erreicht wird.
5. **Bestimmung eines Zeitraumes, in dem** ausgehend von den riesigen unterschieden global, aber auch national die **Gleichheit bzw. ein Ausgleich** bezüglich Ressourcennutzung und Emissionsabgabe pro Kopf **erreicht wird.**(„Konvergenz“)
6. Eventuell: Berücksichtigung bisheriger historischer Schadstoffakkumulationen in der notwendigen gegenseitigen Kompensation

Nach dem Prinzip „Cap-and-Dividend“⁵⁹ (Begrenzung und (Ver)Teilung) werden „Verschmutzungszertifikate“ in irgendeiner Art versteigert („Auktion“), UND die Erlöse davon nach gleichen Beträgen pro Kopf aufgeteilt⁶⁰.

Einkommensschwache Bevölkerungsschichten weisen in der Regel einen unterdurchschnittlichen Energie- und Ressourcenverbrauch auf. Menschen mit überdurchschnittlichem Energie- und Ressourcenverbrauch würden „netto“ über weniger Geld als vorher verfügen.

Der Energieverbrauch in den unteren Einkommensgruppen **absolut** pro Kopf ist deutlich niedriger, als bei Haushalten, die überdurchschnittlich viel Geld zur Verfügung haben. Damit ist der Beitrag zur Klimaveränderung deutlich niedriger. **Relativ** allerdings ist der Energieverbrauch in den unteren Einkommensgruppen deutlich größer als in höheren Einkommensgruppen.

⁵⁹ Grundsätzlich wären auch andere Konzepte einer begrenzten Gesamtemission möglich: Cap-and-Giveaway (Gratisausteilen der „Verschmutzungszertifikate) und Cap-and-Spend (Versteigern der Verschmutzungszertifikate, und Einbringen ins Budget oder Finanzierung konkreter Projekte) - Praktisch gibt es und wird es Kombinationen davon geben.

⁶⁰ Boyce, J.K.; Riddle M. (2007): Cap and Dividend: How to Curb Global Warming While Protecting the Incomes of American Families, Political Economy Research Institute, University of Massachusetts Amherst, Working Paper Series Number 150

Boyce-Riedl berechnen entsprechend US-amerikanischer Haushaltsdezile die Haushaltsausgaben für Nahrungsmittel, Dienstleistungen, Elektrizität, Treibstoffe, andere Transportarten und industrielle Güter, die dadurch verursachte CO₂-Emission pro Kopf für das Jahr 2003. Dabei weist das unterste Dezil 0,96 tC auf, das oberste Dezil 8,13; das arithmetische Mittel 3,7.

Auf der anderen Seite gehen sie von der CO₂-Steuer aus, die bei den Produzenten einschließlich Importeuren eingehoben wird (da die Produktion konzentriert ist, ist das eine effektive Vorgangsweise). Die Einnahmen dabei werden in einen Fonds „Sky Trust“ bezahlt. Pro Kopf werden gleiche Emissionsrechte angenommen. Diejenigen, die weniger bzw. unter der Schwellengrenze emittieren, bekommen Nettoauszahlungen.

Global sind die Anteile an der Verschmutzung unseres Planeten bzw. an der Verursachung des Klimawandels äußerst ungleich verteilt. Die Größenordnung zwischen einem US-Millionär dabei und afrikanischen Bauern beträgt bis zu 10.000 oder 100.000 zu 1.⁶¹

Insgesamt kommt es bei Anwendung des vorgestellten Systems zu Einkommensrückverteilungen im ausgleichenden Sinn sowohl national als auch international. Eine Versteigerung von Verschmutzungsrechten ohne folgende Verteilung bzw. folgenden Ausgleich würde im Sinne neoliberaler Praktiken eine Verfestigung bestehender Ungleichheiten bedeuten, da ungleiche Vermögens- und Einkommensverhältnisse die Kaufmöglichkeiten für Verschmutzungsrechte verzerren, ohne dass es einen Ausgleich gibt.

Je nach der Höhe der Besteuerung bzw. der erzielten Einnahmen durch Versteigerung von Verschmutzungszertifikaten und anschließender gleicher Verteilung der Einnahmen kommt es zu einer beträchtlichen Umverteilung von höheren zu niedrigeren Einkommen, bei plausiblen Annahmen können bis zu 70 % der Haushalte davon profitieren, wobei dies die in der Rangfolge mit niedrigerem Einkommen sind⁶².

Ein zentraler Folge-Effekt ist, dass es dadurch grundlegende Preis(struktur)änderungen mit wesentlichen Verteilungswirkungen geben wird, die im Grund nur in etwa absehbar sind, da Anpassungen an grundlegend neue Preise nur beschränkt vorhergesehen werden können. Besonders werden dadurch erneuerbare Energien begünstigt, weil für ihren Verbrauch keine Verschmutzungszertifikate zu kaufen sind.

- Beim Übergang zu einem neuen System der Verteilung der Energiekosten ist auch auf die Einfachheit und kostensparsame Umsetzung zu achten. Dies kann einfach durchgeführt werden, weil die Produzenten und Importeure fossiler Energie (Öl, Gas, Kohle) nur wenige sind und die Abwicklung einfach ist.

Das Grundsystem (Beschränkung der Gesamtemission, Versteigerung der Emissionsanteile und damit monetäre Belastung der Emission sowie egalitäre Aufteilung der dabei erzielten Mitteln ist auf verschiedenen Ebenen von der regionalen bis zur globalen Ebene denkbar. Genauer zu bearbeiten wäre, wie bestehende Besteuerungen in ein neues System überführt werden und wie ein solches System auf nationaler Ebene in ein internationales System eingefügt wird.

Grundsätzlich wäre in der globalen und nationalen Klimapolitik statt (oder neben) einem Handel von Treibhausgas-Emissionsrechten (Verschmutzungszertifikaten) auch ein System globaler Emissionssteuern möglich, das auf die Verringerung der Emissionen zielt, und deren Einnahmen gleichverteilt würden. Allerdings würde dadurch die unmittelbare Begrenzung, die notwendig ist, schwieriger. Auch bei Besteuerung von fossiler Energie können die Einnahmen entweder für konkrete Projekte gebunden werden, oder die Erträge im weiteren sinngerecht verteilt werden.

⁶¹ Roberts J. T., Parks B. C. (2007): A climate of injustice: global inequality and climate change – vulnerability; responsibility and action. MIT Press. P 146-8; 284

⁶² Boyce, J.K.; Riddle M. (2007): Cap and Dividend: How to Curb Global Warming While Protecting the Incomes of American Families, Political Economy Research Institute, University of Massachusetts Amherst, Working Paper Series Number 150

Die positive Botschaft: Kapitalismus führte in die Klimakrise

Der Klimawandel ist von der Menschheit wesentlich beeinflusst. Diese Einsicht war lange Zeit wissenschaftlich lange nur teilweise abgesichert und politisch höchst umstritten, ist aber inzwischen kein wesentliches Thema mehr. Hier wird die Ansicht vertreten, dass diese Einsicht eine durchaus positive Botschaft ist, denn: Wenn der Klimawandel vom Menschen gemacht wird, dann kann er vom Menschen gestoppt werden. Wenn der (rasche) Klimawandel durch natürliche Faktoren wie etwa ausschließlich die Sonne verursacht würde, dann wäre dies eine dramatisch negative Botschaft.

Die Geschichte der Entwicklung der Treibhausgase zeigt, dass diese direkt mit der Kapitalakkumulation im Kapitalismus und der Verwendung fossiler Energie (früher Kohle, dann Öl) verbunden sind. **Werden die kapitalistischen Entwicklungsmechanismen durch Rückverteilungen eingeschränkt und überwunden, ist somit auch ein Fundament zur Lösung der Klimakrise geschaffen.**

Literatur

- Baer P. (2006): Adaptation: Who pays whom? In: Adger W.N., J. Paavola, S. Hug and M. J. Mace (eds.) (2006): Fairness in Adaptation to Climate Change. – Cambridge, Mass
- Boyce, J.K.; Riddle M. (2007): Cap and Dividend: How to Curb Global Warming While Protecting the Incomes of American Families, Political Economy Research Institute, University of Massachusetts Amherst, Working Paper Series Number 150
- Die Linke: Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich. Thesenpapier zur Konferenz „klima & energie – macht – arbeit“ 2.-4. November 2007 http://die-linke.de/fileadmin/download/energiepolitik/071026_thesenpapier_energiekonferenz.pdf
- European Fuel Poverty and Energy Efficiency: Detailed report on the different actors involved in Fuel Poverty issue. EPEE project WP3 Deliverable 9
- European Fuel Poverty and Energy Efficiency: Good practices experienced in Belgium, Spain, France, Italy and United Kingdom to tackle fuel poverty. EPEE project WP4 - Deliverable 11 http://www.fuel-poverty.org/files/WP4_D11.pdf
- FORUM Nachhaltiges Österreich (Hrsg.) (2007): Energieeffizienz im Wohnbereich & Armutsbekämpfung http://www.armut.at/071008_TRENDREPORT_01_DE.pdf
- Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, Institut für sozial-ökologische Forschung (2006): Energiekostenanstieg, soziale Folgen und Klimaschutz
- Roberts J. T., Parks B. C. (2007): A climate of injustice: global inequality and climate change – vulnerability; responsibility and action. MIT Press.
- Statistik Austria (2006): Verbrauchsausgaben – Hauptergebnisse der Konsumerhebung
- Statistik Austria (2006): Verbrauchsausgaben – Sozialstatistische Ergebnisse der Konsumerhebung
- Statistik Austria (2008): Statistisches Jahrbuch Österreich, Kapitel 22 Energie
- Statistik Austria (2008): EU-SILC 2006

Die KPÖ konkretisiert, auf dem Hintergrund der Menschenrechtserklärung der UNO, dass Wohnen ein Grundrecht für Alle sein muss, eine Idee des Armutsnetzwerkes und entwickelt das politische Konzept der Energiegrundsicherung.

Das zentrale Ziel dieser Energiegrundsicherung besteht darin, dass keinem Menschen im viertreichsten Land der EU der Strom oder die Heizung abgedreht wird, und er/sie damit Finsternis und Kälte ausgesetzt ist.

Das Konzept der Energiegrundsicherung knüpft im sozialen Sinn am Begriff Sicherheit und gleiche Lebenschancen an und versteht sich als elementares sozial-gerechtes Ziel: Energie, also Strom und Wärme, zählen zu den unverzichtbaren Lebensmitteln, zu denen Alle gleichen und ungehinderten Zugang haben müssen.

Die KPÖ ist stets für eine nachhaltige und umweltfreundliche Energiewirtschaft mit höherer Energieeffizienz eingetreten, die auch eine mittel- bis langfristige Kostenersparnis für die Volkswirtschaft zur Folge hat. Es ist jedoch kontraproduktiv, gerade den Einkommensschwachen den Umbau dazu finanziell anzulasten; dieser muss zu Lasten der Profiteure in der Energiewirtschaft sein

Energiegrundsicherung konkret

Das Konzept der KPÖ sieht vor, dass jedem Haushalt ein kostenloser Grundbezug an Energie (Strom und Heizung) zur Verfügung gestellt wird. Laut Berechnungen der Arbeiterkammer sind dies im Jahr etwa 2.200 kWh Strom und 800 m³ Gas für einen 60 m² Haushalt mit zwei Personen. Damit wäre sicher gestellt, dass auch der Energieverbrauch der für grundlegende Wohn- und Lebensbedürfnisse notwendigen Geräte wie etwa Kühlschrank, E- oder Gasherd, Waschmaschine, Fernseher, Beleuchtungskörper sowie für die Heizung als kostenloses Kontingent gewährt wird.

Dieses kostenlose Kontingent ist allen in Österreich lebenden Menschen als Rechtsanspruch zur Verfügung zu stellen, und darf an keine Kontrollen oder bürokratischen Hürden, wie dies etwa bei den Heizkostenzuschüssen der Länder der Fall ist, geknüpft werden.

Im Sinne der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit sollte indes der über die Grundsicherung hinaus gehende Energieverbrauch vom Preis her progressiv gestaltet werden. Derzeit ist die Situation umgekehrt: Haushalte mit geringem Energieverbrauch werden mit hohen Mindestbeiträgen zur Kasse gebeten, während Großverbraucher belohnt werden. Ein zusätzlicher Ansatz zur Senkung der Energiekosten im Haushalt ist auch die Befreiung der Haushaltsenergie von der Mehrwertsteuer; notwendig ist gleichzeitig die amtliche Preisregelung für die wichtigsten Energieformen wie Strom, Gas und Heizöl. Weiters soll die unsinnige Anbindung der Preise für Strom, Gas und andere Brennstoffe an den Ölpreis aufgehoben werden.

Die Finanzierung

Die Finanzierung der Energiegrundsicherung soll über die teilweise Abschöpfung der Profite der Energieunternehmen sowie über eine gerechte Steuerpolitik erfolgen. Diese Steuerpolitik orientiert auf eine deutlich stärkere Besteuerung der Gewinne von Konzernen (z.B. Erhöhung der Körperschaftssteuer, Einkommenssteuererhöhung für die Reichen, Abschaffung der Steuerprivilegien für Privatstiftungen, Abschaffung der privilegierten Gruppenbesteuerung, Wiedereinführung der Vermögenssteuer ...).

Österreich zählt zu den reichsten Ländern der OECD – die Finanzierung der Energiegrundsicherung ist daher möglich und machbar.

Internationale Beispiele

Umweltorganisationen ist der konsequente Kurs auf die Energieunabhängigkeit Österreichs eine klare Koalitionsbedingung", fordern Alexander Egit, Geschäftsführer von Greenpeace, und Martin Schenk, Sozialexperte der Armutskonferenz.

"Jetzt schon können es sich 313.000 Menschen in Österreich -also vier Prozent der Wohnbevölkerung- nicht leisten, die Wohnung angemessen warm zu halten.", weist Martin Schenk auf die angespannte Situation hin.(1) "Wenn nichts passiert, wird diese Zahl nächstes Jahr auf eine halbe Million anwachsen." Die Heiz- und Wohnkosten machen bei Haushalten mit weniger als 900 Euro Einkommen bereits 36 Prozent des monatlich verfügbaren Gesamtbudgets aus. Je weiter das Einkommen sinkt, desto höher ist dieser Anteil.(2)

"Einkommensschwache sitzen in der Energiearmutsfalle, da das untere Einkommensfünftel kein Kapital hat, um notwendige Investitionen zu tätigen. Um Menschen an der Armutsgrenze zu entlasten, muss die nächste Regierung die Betroffenen beim Umstieg auf nachhaltige und auf Dauer günstigere Energieformen sowie bei Maßnahmen für einen geringen Energieverbrauch und leistbaren öffentlichen Verkehr unterstützen. Es geht darum, eine "Win-Win Situation" herbeizuführen: Die Armen treffen Teuerungen am härtesten, deshalb ist Kostenreduktion bei Energie eine wichtige sozialpolitische Maßnahme bei gleichzeitigem Schutz der Umwelt", so Schenk von der Armutskonferenz.

Kurzfristig heißt das, den Heizkostenzuschuss in eine echte Grundsicherung zu integrieren, österreichweit zu vereinheitlichen und mit Investitionen in Energiesparmaßnahmen zu verbinden. Dazu braucht es eine niederschwellige Energieberatung, die alle - nicht nur die Mittelschichten - erreicht. Es geht dabei um den Austausch von Ölheizungen, der Installierung von thermischen Solaranlagen, den Anschluss an Fernwärmenetze und Hilfe bei Wärmedämmungsmaßnahmen. Mittelfristig muss die Wohnbauförderung stärker ökologisiert und Subjektförderung zugelassen werden. "Contracting" soll für sozial Benachteiligte und Einkommensschwache nutzbar gemacht werden. In einem großangelegten Programm müssen Wärmedämmung und Sanierungsmaßnahmen in allen Sozial- und Gemeindebauten Österreichs erfolgen, kombiniert mit energieunabhängigen Sozialbauten beziehungsweise Siedlungen. Und nicht zuletzt: Der Öffentliche Verkehr ist viel zu teuer für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. Öffis müssen für alle leistbar werden.

"Österreich muss bis 2040 den völligen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen erreichen.", fordert Alexander Egit von Greenpeace einen nachhaltigen Kurs gegen Armut und Klimawandel. Der UNO-Weltklimarat fordert von Industriestaaten eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 80 bis 90 Prozent bis zum Jahr 2050. "Ein Land mit derartig guten Voraussetzungen wie Österreich -Stichwort Wasserkraft- sollte sich aber deutlich mehr vornehmen, um als Vorreiter den Gesamtprozess positiv zu beeinflussen und industriepolitische Impulse

leisten, die Wohnung angemessen warm zu halten.⁶⁶ Wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, wird diese Zahl im nächsten Jahr auf eine Halbe Million Menschen ansteigen.

Um Menschen an der Armutsgrenze zu entlasten, muss die nächste Regierung die Betroffenen beim Umstieg auf nachhaltige und auf Dauer günstigere Energieformen unterstützen.

Das untere Einkommensfünftel hat kein Kapital um die notwendigen Investitionen zu tätigen. Im selben Maße helfen Ärmeren Maßnahmen für einen geringen Energieverbrauch und ein leistbarer öffentlichen Verkehr.

Die letzten Jahre haben aber auch deutlich gezeigt, dass die europäische Außenpolitik sehr stark von der Energieversorgung geleitet wird und dadurch zu einer sehr weichen Haltung gegenüber menschenrechtlich bedenklichen Regimen gekommen ist. Energieunabhängigkeit ist auch eine notwendige Voraussetzung für eine unabhängige Außen- und Menschenrechtspolitik

Die Antwort auf die genannten ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Herausforderungen kann nur in einer Politik der Energieunabhängigkeit liegen kann. Österreich weist mit seinem hohen Wasserkraftanteil sehr gute Voraussetzung auf und könnte über Effizienzmaßnahmen und erneuerbare Energien seinen Bedarf ausreichend decken. Dies würde einen signifikanten Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel bedeuten. Österreich würde sich damit wieder zu einem Vorreiter der globalen ökologischen Entwicklung machen.

Es kann nicht die Aufgabe der österreichischen Politik sein, einen immer größer werdenden Anteil des Volkseinkommens und insbesondere der Einkommen sozial schwacher Gruppen für eine ökologisch katastrophale Form der Energiepolitik aufzuwenden und damit überwiegend menschenrechtlich problematische Regierungen zu fördern. Die Antwort liegt aus Sicht der unterzeichnenden Organisationen in einer ambitionierten Politik der Energieunabhängigkeit, welche die großen Effizienzpotentiale ausschöpft und den Ausbau erneuerbaren Energien fördert.

Wie ersuchen Sie, zur Frage der Energieunabhängigkeit und den unten angeführten Maßnahmen Stellung zu nehmen und ausführlich darzulegen welche der Ziele und Maßnahmen Sie bis wann umsetzen wollen, sofern Ihre Partei der nächsten Bundesregierung angehören wird.

Wir fordern Sie weiters auf, uns und der österreichischen Bevölkerung eine Garantie abzugeben, dass Ihre Partei das Ziel der Energieunabhängigkeit als Hauptprojekt in der kommenden Legislaturperiode betreiben wird und würden das gerne auch mit Ihnen persönlich besprechen.

Wir ersuchen Sie, uns bis 4. September 2008 eine Antwort auf unser Schreiben zukommen zu lassen, damit wir die österreichische Bevölkerung rechtzeitig vor den bevorstehenden Nationalratswahlen über die Positionen der wahlwerbenden Parteien in dieser zentralen Zukunftsfrage informieren können.

mit besten Grüßen,

Martin Schenk
Sprecher Armutskonferenz

Mag. Alexander Egit
Geschäftsführer Greenpeace

Wien, 13. August 2008

http://www.greenpeace.at/fileadmin/at/dokumente/Aktuelles/off_brief_NR-Wahl08.doc

⁶⁶ Statistik Austria, 2008, EU-SILC 2006

Nicht immer informieren Hersteller und der Einzelhandel von sich aus über den **Energieverbrauch** neuer Geräte, obwohl sie dazu verpflichtet sind. Stromsparer haben mindestens die **Kennzeichnung** A, bei äußerst geringem Verbrauch sogar A++. Was viele Verbraucherinnen und Verbraucher überrascht: Neue Geräte verbrauchen mitunter mehr Strom als alte.

Gefriergeräte sind in einem durchschnittlichen Haushalt die größten Stromverbraucher, da sie permanent in Betrieb sind. Daher auf ihre richtige Einstellungen achten.⁶⁹

Viele Geräte verbrauchen auch dann Strom, wenn sie ausgeschaltet sind. Dieser so genannte **Stand-by-Betrieb** bei Fernseher, Waschmaschine und Stereo-Anlage kostet einem Privathaushalt im Schnitt 150 Euro im Jahr. Deshalb empfiehlt es sich, beim Kauf eines Gerätes genau nachzufragen, ob es auch wirklich abschaltet. Wenn sich ein Stand-by-Betrieb nicht vermeiden lässt, sollte der Verbrauch weniger als 1 Watt pro Stunde betragen. Auch abschaltbare Steckdosen oder ganz einfaches Steckerziehen lösen das Problem.

⁶⁹ Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, Institut für sozial-ökologische Forschung (2006): Energiekostenanstieg, soziale Folgen und Klimaschutz. Seite 15